

## **Karlsruher Atomtage 2019**

### **Grußwort von Andrea Schwarz MdL**

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger,

im Namen des Kreisverbandes Karlsruhe und des Kreisverbandes Karlsruhe-Land sowie im Namen der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl darf ich Sie und euch alle zum zweiten Tag der fünften Karlsruher Atomtage herzlich willkommen heißen.

Seit fünf Jahren organisiert das Wahlkreisbüro von Sylvia die Atomtage in Karlsruhe, dafür danke ich dir liebe Sylvia und dir liebe Babette für eure tolle Arbeit und die gelungene Organisation.

Mit der Durchführung der Atomtage stellen wir eben nicht nur energiepolitische Themen zur Debatte, sondern durch die Brisanz der Gefahr der Atomkraft, den Fragen des Rückbaus, auch gesellschafts-, gesundheits- und umweltpolitische Diskussionspunkte.

Viele von Ihnen waren ja heute schon in Philippsburg und haben sich über den Rückbau informiert und über die Frage diskutiert „Was bleibt?“. Ich muss natürlich nicht das wiederholen, was Sie heute in zahlreichen Gesprächen bestimmt erlebt und diskutiert haben, aber die Frage „was bleibt?“ sollten wir uns als Politikerinnen und Politiker sowie als Gesellschaft viel öfter stellen, wenn wir über große gesellschaftliche und vor allem ökologische Themen sprechen.

Und im Zusammenhang mit „Was bleibt?“ beschleicht mich bei der aktuellen Debatte um den Klimawandel eine Art Deja vu. Auch heute versagt Politik und übernimmt keine Verantwortung, verweigert sich schlichtweg, Ich gehe davon aus oder sagen wir mal, ich hoffe das sehr, dass sich die Verantwortlichen in Berlin darüber bewusst sind, dass der Klimawandel sollten wir nicht handeln, unsere Lebensgrundlage zerstört. Ja, sie müssen es doch auch sehen, müssen

sich nur unsere Wälder anschauen, alleine in Sachsen-Anhalt müssen schätzungsweise 25 Millionen Bäume nachgezogen werden, um die Schäden auszugleichen. Und trotz dieses Wissens wird nicht gehandelt, wird weiterhin auf Lobbyisten gehört, welche noch immer die Monstranz des Wirtschaftswachstums vor sich hertragen, müssen finanzschwache Haushalte als Alibi fürs Nichthandeln herhalten. Dabei ließe sich gerade hier endlich eine Umverteilung von oben nach unten durch eine sozialstrukturierte CO2 Steuer ermöglichen, schauen wir nur in die Schweiz, könnten Industrie und Wirtschaft durch klare Ordnungspolitik Vorteile generieren, indem sie klimaneutrale Produkte anbieten. Und ganz baden-württembergisch betrachtet: Wir brauchten hier nicht mit viel Geld regionale Lebensmittel und Produkte fördern, gäbe es eine CO2 Besteuerung, die ja dann auch den Transport verteuern würde und somit wären regionale Produkte billiger.

Wir haben doch das Verursacherprinzip im deutschen Umweltrecht, warum wird es nicht genutzt.

Bei der LKW Maut hat es geklappt, da haben wir ein Instrument implementiert, allerdings um in erster Linie die Schäden der Straßen durch die Nutzung zu kompensieren, die Frage, die sich mir stellt, warum greifen wir hier ein, ist uns unsere Straßeninfrastruktur so viel wichtiger als unser Klima?

Aber die Politik des Verdrängens, des Wegsehens, des Aussitzens, wobei das weder beim Klimawandel noch beim Rückbau atomarer Anlagen die Situation entschärfen wird, geht weiter. Verantwortung für zukünftige Generationen, das bezieht sich immer nur auf die Finanzen, alles andere Fehlanzeige....! Und diese Art Politik zieht sich durch wie ein roter Faden, sei es die Migrationspolitik, als  
entwicklungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion kann ich nur anmerken: Welch tolle Reden haben wir 2015, 2016 wir nicht über die Fluchtursachenbekämpfung gehört, was ist daraus geworden? Wir haben es im Land nicht geschafft eine ordentliche VwV Beschaffung hinzukriegen, welche die jeweiligen Beschaffer und Beschafferinnen dazu befähigt, einfach und rechtssicher nachhaltige

Produkte zu ordern, es ist am Widerstand der CDU gescheitert und wir mussten uns mit Kann-Bestimmungen zufriedengeben anstatt der doch mehr verpflichtenden Soll-Bestimmung. Wie wollen wir Fluchtursachen bekämpfen, wenn wir den Klimawandel ungebremst weiterlaufen lassen, wer leidet denn jetzt schon massiv darunter, es sind doch die Länder des Globalen Südens. Afrika trägt lediglich 4% dazu bei, hat aber 95% der Folgen zu tragen. Dabei unterschreiben wir großspurig Abkommen auf internationaler Ebene, sei es das Pariser Klimaabkommen oder die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen, den SDGs. Alleine Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden helfen nicht. Vielleicht empfinden sie es als ketzerisch, aber manchmal denke ich, es wäre besser die Kanzlerin bliebe solchen Veranstaltungen fern, da würde man wenigstens die Emissionen des Fluges sparen.

Die Bundesregierung will einen größeren Anteil erneuerbarer Energien, so wird das zumindest öffentlich dargestellt, dass genau diese Bundesregierung jedoch den Ausbau der Windkraft quasi zum Erliegen gebracht hat, will sie nicht wahrhaben. In den vergangenen zwei Jahren wurde 26.000 Arbeitsplätze in diesem Sektor abgebaut, das scheint niemanden zu stören. Dabei sind das zukunftsfähige Arbeitsplätze im Gegensatz zu den Stellen im Kohletagebau. Der dänische Weltmarktführer für Windkraftanlagen Vestas streicht aktuell 500 Stellen in seinem Werk in der Lausitz. War da nicht was, wollten wir dort nicht Strukturförderung betreiben? Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat deswegen im August schon Alarm geschlagen. Und obwohl es hier nicht nur um Klimaziele geht, sondern auch um Arbeitsplätze gibt es keine Reaktionen.

Es ist für mich und ich denke, es geht einem Großteil der Bevölkerung so, unerträglich, eine Bundesregierung zu haben, die zwar die Missstände erkennt, sie benennt, aber sich jeglicher Verantwortung entzieht. Das war und ist bei der Atomenergie so und setzt sich in allen wichtigen aktuellen Fragen weiter fort. Es ist auch nicht zu

erkennen, wem sich diese Regierung außer vielleicht der Automobilindustrie verpflichtet fühlt.

Deshalb bin ich froh, Teil dieser Veranstaltung zu sein, weil sie von einer Politikerin initiiert wurde, von der man weiß wofür sie steht. Wir brauchen entschiedene Politikerinnen wie Sylvia Kotting-Uhl, die sich dafür einsetzen, dass wir zum Beispiel bei der Endlagersuche nicht den einfachsten Weg, sondern den richtigen Weg gehen, auch wenn er mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist. Hier sind es gerade die Grünen, die Verantwortung übernehmen, die auch unangenehme Wahrheiten sagen, und das obwohl der Kampf gegen die Atomindustrie unter anderem ein Grund war, unsere Partei zu gründen. Wir könnten es uns leichtmachen und uns zurücklehnen – wir waren ja schon immer dagegen, guckt wie ihr das hinkriegt, aber nein, sich wegducken ist nicht Bestandteil grüner DNA. Ich hoffe, dass auch diese Atomtage wiederum dazu beitragen, dass wir alle im freundlichen partnerschaftlichen Diskurs um die besten Lösungen streiten können und wissen: Nur gemeinsam kommen wir voran. Und nun möchte ich an Jutta Paulus übergeben, die ins Thema Rückbau einführen wird.